

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptkolonias zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drittelzeilige 8 Pfg., im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 297

Freitag, den 21. Dezember 1928.

83. Jahrgang

Tageschau.

* Das Reichskabinett wird sich am Freitag erneut mit der Besetzung der Verwaltungsratsstellen bei der Reichsbahn beschäftigen.
* Wegen der Veröffentlichung des offenen Briefes des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien an Jaleski, in dem die Irrtümer des polnischen Außenministers richtiggestellt und seine Vorwürfe zurückgewiesen werden, wurden auf Anordnung der polnischen Polizeibehörde die deutschen Zeitungen in Katowitz und Königshütte beschlagnahmt.
* Zu der Brandkatastrophe in Berlin wird gemeldet, daß noch zwei Arbeiterinnen vermißt werden. Gegen den Inhaber der Fabrik ist ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung eingeleitet worden.
* Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr drangen zwei Räuber mit vorgehaltenen Revolvern in die Stationskassa der Station Kumbach ein und zwangen den Kassenerwalter, ihnen die Tageseinnahme der Station, 8—9000 Mark, auszuhandigen. Die Gendarmerie ist auf der Spur der Räuber.
* Am Mittwochvormittag haben die angekündigten Verhandlungen, die der Beilegung des Streikes in der Westindustrie dienen sollen, im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des als Sonderlichter bestellten Ministerialrates Dr. Grabelin begonnen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Das Auf und Ab der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Bis zur Stunde ist in Berlin die angekündigte schriftliche Antwort der polnischen Regierung auf die letzten deutschen Vorschläge zum deutsch-polnischen Handelsvertrag nicht eingetroffen. Über der aus Warschau wieder zurückgekehrte Minister a. D. Dr. Hermes hat so etwas wie eine mündliche Antwort mit nach Hause gebracht, und auf Grund dieser Antwort sieht man jetzt wieder einmal dem weiteren Ablauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Optimismus entgegen. Dabei zu bemerken ist, daß offenbar der gleiche Optimismus nun auch polnische Kreise teilen.

Es ist ein ewiges Auf und Ab gewesen in den nunmehr schon jahrelangen Verhandlungen. Und deshalb ist es wohl erlaubt, vorläufig die Ausichten, zu einem Handelsvertrag zu kommen, oder gar zu einem Handelsvertrage, der im ganzen gesehen der deutschen Wirtschaft Nutzen bringt, ohne einzelnen ihrer Teile ganz schweren Schaden zuzufügen, noch etwas skeptischer zu beurteilen, als es die amtlichen Stellen in Berlin und Warschau tun. Es muß zugegeben werden, daß unter normalen Umständen die letzten Besprechungen zwischen Dr. Hermes und dem polnischen Delegationsführer Ewardowski den gegenseitigen Optimismus rechtfertigen würden; aber man muß daran denken, daß schon manches Mal Einigkeit über grundlegende Fragen erreicht worden war, daß aber bisher jedesmal im unpassendsten Moment von polnischer Seite irgend etwas unternommen wurde, das alles Bisherige über den Haufen warf. Als in Warschau zwischen dem polnischen Außenminister Jaleski und dem Gesandten Rauscher seinerzeit eine Einigungsformel über das deutsche Niederlassungsrecht in Polen schriftlich formuliert war, da sabotierte Polen dieses Abkommen durch den Erlass der berüchtigten Grenzsonnenverordnung, und man hat bis heute nichts davon gehört, daß dieser Verordnung inzwischen die Gitzähne ausgebrochen worden wären. Ein andermal verfaßten Dr. Stresemann und der polnische Unterhändler Satowski in Berlin ein gemeinsames Protokoll, das bereits Kontingenzsiffern in der Schweinefrage und in der Kohlefrage enthielt. Aber Polen desavouierte seinen Unterhändler und trat mit Forderungen hervor, die die festgelegten Siffern um das Dreifache oder noch mehr überstiegen. Ein drittes Mal kam ein Kompromiß in Wien zwischen Dr. Hermes und Herrn Ewardowski zustande, das die Reichsregierung innerhalb einer Woche billigte und anerkannte, während das polnische Kabinett ihm seine Zustimmung verweigerte. Es sind also, wie man sieht, bisher jedesmal, wenn die Atmosphäre sich zu bessern schien, von polnischer Seite sehr wirkungsvolle Versuche unternommen worden, den weiteren Verhandlungen schwere Steine in den Weg zu werfen. Wenn man überhaupt in politischen Dingen aus Erfahrungen lernen kann, dann muß man zum mindesten darauf gefaßt sein, daß auch diesmal wieder irgendeine groteske polnische Forderung oder irgendeine neue Maßnahme von polnischer Seite kommen kann, die den gegenwärtig so strahlend blauen Verhandlungshimmel schnell wieder mit schwarzer Wolkenwand überzieht. Man kann heute schon solche polnische Maß-

nahmen voraussehen, wie der Rheumatismustranke das Wetter. Ein Verbot etwa des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien oder sonstige Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Deutschtum in Polen scheinen von den Warschauer Stellen gegenwärtig doch ernsthaft erwogen zu werden.

Wie gesagt: man braucht den amtlichen Optimismus trotz der Tatsache, daß am 9. Januar die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen, und zwar mit der vereinbarten Tendenz, einen Handelsvertrag auf ganz breiter Basis zu schließen, nicht unbedingt teilen. Aber selbst wenn nunmehr wirklich der Abschluß eines Handelsvertrages nahe bevorsteht: wäre das ein Grund zum Optimismus? Man kann sehr wohl der Auffassung sein, daß ein Handelsvertrag in der Form, wie er sich auf Grund der letzten deutschen Angebote ergeben kann, keineswegs ein Vorteil für Deutschland ist. Wir stehen in Deutschland zur Zeit vor zwei großen und eng miteinander verknüpften Problemen: der Hilfe für den deutschen Osten und der Hilfe für die Landwirtschaft. Gewiß gibt es daneben sehr viele andere ernste und bedeutende Fragen und Aufgaben, und auch die Förderung des deutschen Exports gehört zu ihnen. Aber man kann nicht an jede dieser Fragen getrennt und zusammenhanglos herangehen. Man kann nicht dem Osten und der Landwirtschaft mit der einen Hand geben und mit der anderen Hand, die einen Handelsvertrag mit hohem Schweine- und Kohleimport unterschreibt, nehmen. Man reißt damit nur Löcher, die dann durch Sonderprogramme oder sonstige Zuwendungen von Reich und Land wieder gestopft werden müssen, und man kann sehr wohl darüber im Zweifel sein, ob das ein gesunder Zustand ist.

Beschlagnahme der deutschen Zeitungen in Ostoberschlesien.

Katowitz, 20. Dezember. Auf Anordnung der ostoberschlesischen Wojwodschafspolizei sind sämtliche heute in Katowitz und Königshütte erscheinenden deutschen Blätter beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme erfolgte wegen der Veröffentlichung des offenen Briefes des Deutschen Volksbundes an Jaleski, in dem die Irrtümer des polnischen Außenministers richtiggestellt und die von ihm gegen den Deutschen Volksbund in Lugano vorgebrachten Vorwürfe zurückgewiesen werden. Die Polizei hat auch Befehl erhalten, auf polnischem Boden alle reichsdeutschen Blätter zu beschlagnahmen, die Berichte über den offenen Brief oder Auszüge aus demselben veröffentlichen. Der Wojwode, Dr. Groszjanski, soll in den nächsten Tagen der Warschauer Regierung einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Volksbundes erstatten, vor allem über die Zahlung von Gehaltszuschüssen durch den Deutschen Volksbund an die an den Minderheitenschulen beschäftigten deutschen Lehrer.

Der Volks-Bund wehrt sich.

Die unerhörten Angriffe des polnischen Außenministers Jaleski gegen den Deutschen Volksbund in Ostoberschlesien, die zu der scharfen Erwidrerung Dr. Stresemanns im Bülterbundsrat führten, haben nunmehr auch eine Antwort des Volksbundes selbst gefunden. In ruhiger und würdiger Weise hat diese Vereinigung, die unter den schwersten Verhältnissen für die kulturelle Gleichberechtigung des Deutschtums in Polnisch-Oberschlesien arbeitet, dem polnischen Außenminister zu Gemüte geführt, daß seine Angriffe unbedeutend sind. Insbesondere verwahrt sich der Volksbund gegen den Vorwurf der Agitation gegen den polnischen Staat. Nicht gegen den Staat als solchen, gegen den sich die Staatsbürger deutscher Nationalität loyal verhalten, sondern gegen das ungesetzliche Vorgehen der Behörden richtet sich der Kampf des Volksbundes. Das weiß Jaleski natürlich ganz genau und trotzdem wagte er, die internationale Atmosphäre mit seinen falschen Behauptungen zu vergiften.

Erschütternd ist das Zahlenmaterial, das der Volksbund über seine Beschwerden mitteilt: Mehr als 700 Mal hat er sich an die polnischen Behörden gewandt. Wenn davon 15 Beschwerden an den Bülterbundsrat weitergeleitet wurden, dann nur deshalb, weil die polnische Verwaltung sich immer wieder einfach weigert, Entscheidungen der internationalen Stellen durchzuführen. Besonders schlimm sind die Verhältnisse geworden, seitdem die Warschauer Regierung einen neuen Bescheid nach Katowitz geschickt hat. Auch dieses Schriftstück der deutschen Minderheit ist ein neuer Beweis für die unerträglichen Zustände, die sich durch die Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland ergeben haben. Noch kürzlich konnte man in einer englischen konservativen Zeitung lesen, daß die Teilung Oberschlesiens eine der größten Dummheiten der englischen Politik der Nachkriegszeit gewesen sei. Diese Erkenntnis kommt reichlich spät, denn wir haben von jeher gewußt, daß keine internationale Überwachungsinstanz in der Lage ist, die noch so gut verbricht-

Rechte der deutschen Minderheit erfolgreich zu wahren. Jedenfalls ist und bleibt die polnische Minderheitenpolitik eine schwere Bedrohung des europäischen Friedens. Gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen, daß das arme entwaffnete Deutschland eine Gefahr für Europa darstelle, muß diese Tatsache einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf die polnische Agitation in Ostpreußen hinzuweisen, wo neuerdings mit allen Mitteln versucht wird, dieses wirtschaftlich schwer ringende Land in seiner Zuversicht zu der Hilfe des Reiches und Preußens wankend zu machen. Der ostpreussische Oberpräsident Siehr hat glücklicherweise diesen Gerüchten durch eine energische Erklärung ein schnelles Ende bereitet. Der polnische Kampf gegen das Deutschtum dieses und jenseits der polnischen Grenze wird mit allen Mitteln des Hasses und der Verleumdung geführt. Polen und die übrige Welt können sich nicht wundern, wenn Deutschland die nationale Knechtung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien als seine eigene Angelegenheit empfindet.

Rückreise Dr. Stresemanns nach Berlin.

Lugano, 19. Dezember. Reichsminister Dr. Stresemann hat Mittwoch abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug kurz nach 5 Uhr die Rückreise nach Berlin angetreten, wo er Donnerstag nachmittag wieder eintrifft. Zum Abschied hatten sich Vertreter der deutschen Kolonie mit dem Konsul Frankan an der Spitze am Bahnhof eingefunden.

Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Staatsgerichtshof.

Berlin, 20. Dez. (Eigene Meldung.) Bekanntlich hat Staatsgerichtspräsident Dr. Simons, Reichspräsident des Staatsgerichtshofes, eine Beschwerde über das Vorgehen der Reichsregierung bei Besetzung der Verwaltungsratsstellen der Reichsbahn beim Reichspräsidenten eingereicht. Wie wir hören, wird die Entscheidung des Reichspräsidenten noch einige Tage auf sich warten lassen. In Berlin waren Gerüchte verbreitet, daß wegen dieser Spannung Dr. Simons sich mit Rücktrittsabsichten trage. Indessen ist in Reichsgerichtskreisen hiervon nichts bekannt. Innerhalb der Reichsregierung aber macht sich immer mehr eine starke Mißstimmung gegen Dr. Simons bemerkbar. Vielleicht hat man ihm von hier aus den Rücktritt nahelegen versucht. Dabei ist natürlich Dr. Simons in seiner Entscheidung völlig frei. Die sachliche Seite des Konflikts ist um so schwieriger, als sich hier tatsächlich Interessen des Reiches und der Länder gegenüberstehen, bei denen jeder für seinen Standpunkt gewichtige politische und juristische Gründe ins Feld führen kann.

Am Freitag neue Kabinettsitzung.

Berlin, 20. Dez. (Drahtber.) Das Reichskabinett wird sich in einer Sitzung am Freitag erneut mit der Besetzung der Verwaltungsratsstellen bei der Reichsbahn beschäftigen. In parlamentarischen Kreisen werde darauf verwiesen, daß eine Basis zu einer befriedigenden Verständigung zwischen Reichsgerichtspräsident und Reichskabinett um so notwendiger gefunden werden müsse, als die vom Staatsgerichtspräsidenten gerügte mangelnde Information offenbar nicht beabsichtigt und nur durch eine Vertretung unglücklicher Umstände veranlaßt worden sei.

Der Bericht des Reparationsagenten.

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat vor seiner Abreise nach den Vereinigten Staaten seinen regelmäßigen Vierteljahresbericht über die Entwicklung der gesamten deutschen Finanzen fertiggestellt, in dem er, wie üblich, die gesamte deutsche Wirtschaftsgebarung einer kritischen Prüfung unterzieht.

Der deutsche Gesandte in Helsingfors gestorben.

Berlin, 19. Dezember. Am 18. Dezember ist der Gesandte in Helsingfors, Haushild, im Alter von 48 Jahren gestorben. Aus dem sächsischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, trat er 1910 in den auswärtigen Dienst ein. Bis zum Kriegsausbruch war er als Vizekonsul in Moskau tätig. Er trat dann in den Heeresdienst ein und wurde im Juli 1917 der Gesandtschaft in Kopenhagen zugewiesen. Im Jahre 1920 erfolgte seine Einberufung in das auswärtige Amt, wo er im Jahre 1922 zum vortragenden Legationsrat ernannt und im Jahre 1924 zum Dirigenten bestellt wurde. Seit 1925 war er Gesandter in Helsingfors. Der verstorbene Gesandte war ein ausgezeichnete Kenner der Ostfragen. In seiner letzten diplomatischen Stellung als Gesandter in Finnland hat er es mit großem Geschick verstanden, die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Finnland und Deutschland bestehen, zu pflegen und weiter zu vertiefen. Er hat sich in allen innenpolitischen Sitzungen hervorragend bewährt und ausgezeichnetes geleistet. Ein dauerndes ehrenvolles Andenken ist ihm sicher.